

informationen für den nord



Gewerkschaften und Flüchtlinge

Argumente für eine solidarische Flüchtlingspolitik

„Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg und geschlechtsspezifischer Verfolgung fliehen, müssen in Deutschland und der EU selbstverständlich Aufnahme finden, individuell Asyl beantragen können und in einem zügigen, fairen Verfahren anerkannt werden.“ Diese Position hat der DGB-Bundeskongress, das höchste beschlussfassende Organ des DGB, im Mai 2014 beschlossen.

Kriege, Bürgerkriege, Verfolgung, Diskriminierung, Hass, Hunger, Armut oder der Kampf um das nackte Überleben in vielen Teilen der Welt führen dazu, dass die Zahl der Flüchtlinge weltweit steigt. Nach Schätzungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) waren Ende 2014 weltweit über 59 Millionen Menschen auf der Flucht.

Insgesamt gesehen kamen und kommen immer noch die wenigsten der Flüchtlinge nach Europa. Dennoch ist auch die Zahl der Flüchtlinge in Europa und Deutschland zuletzt massiv gestiegen. Für Deutschland gehen Schätzungen derzeit von rund einer Million Asylanträgen für das Jahr 2015 aus.

Das heißt: Flüchtlinge sind eine Realität und werden auch zukünftig eine bleiben. Grund genug, einige Argumente für einen solidarischen Umgang mit Geflüchteten zu benennen.



Flüchtlinge und Gewerkschaften

Müssen sich der DGB und seine Gewerkschaften des Themas „Flüchtlinge“ annehmen? Unbedingt! Und das aus mehreren Gründen:

Das Band der Gewerkschaften ist die **Solidarität**. Diese gilt immer und international.

Gewerkschaften vertreten die Beschäftigten und die, die in Beschäftigung wollen, unabhängig von Nationalität, Hautfarbe, Religion, Herkunft oder Geschlecht. In den deutschen Gewerkschaften sind Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichsten Ländern vertreten, integriert und aktiv. Diese Integration ist Resultat der ersten Zuwanderungen in den 60er- und 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts. Umso mehr stellt sich diese Aufgabe auch in Zukunft mit Zuwanderung durch Flüchtlinge.

Für die Gesellschaft, und damit auch für das Umfeld, in dem Gewerkschaften politisch tätig sind, ist der Umgang mit Flüchtlingen auch ein Gradmesser für **Offenheit, Toleranz und Solidarität**. Die Satzung des DGB schreibt vor, dass der „Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften... aktiv Diskriminierung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft aus Gründen ... rassistischer Zuschreibungen, der ethnischen Herkunft, der Religion... bekämpfen.“

Hier ankommende Flüchtlinge müssen, sollen sie eine vernünftige Perspektive haben, schnell in Arbeit und Ausbildung integriert werden. Damit ist ein weiterer Schlüssel für die Gewerkschaften benannt. Die Gewerkschaften sind die Organisationen der Arbeit, wir haben Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten in den Betrieben. Die Gewerkschaften sind aktiv vor Ort. Diese Verbindung ist das gewerkschaftliche **Alleinstellungsmerkmal**: Wir kümmern uns um das Ankommen von Flüchtlingen in den Gemeinden und die Integration in Arbeit, Betrieb und Ausbildung.

Die Gewerkschaften haben die **Geschichte** nicht vergessen. Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mussten in der Zeit des Faschismus fliehen, waren also selbst Flüchtlinge, wurden verfolgt, gefoltert und getötet. Diese historischen Erfahrungen müssen jetzt wieder lebendig werden bei der Aufnahme, dem Schutz und der Integration von Flüchtlingen. So erst wird das Erinnern und Gedenken, das „Nie wieder“ lebendig.

Gewerkschaften machen sich stark im **Kampf gegen rechtsextreme, rassistische und rechtspopulistische Einstellungen**, Handlungen und Propaganda. Die DGB-Gewerkschaften haben über Jahrzehnte gegen Neonazis Flagge gezeigt. Dieses Engagement muss heute, wo Rechtsextreme und militante Neonazis aller Schattierungen gegen Flüchtlinge hetzen und Unterkünfte in Brand setzen, erst recht gelten. Gewerkschaften müssen wachsam und offen sein, denn die Aggressivität gegen Flüchtlinge nimmt ebenso zu wie der Alltagsrassismus.

Flüchtlinge = Überforderung?

Die steigende Zahl der Geflüchteten in Deutschland stellt – auch in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg – Kommunen, Hilfsorganisationen, Jugendämter, Polizei, Asylbearbeiter, Schulen etc. vor enorme Herausforderungen. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine Gemeinschaftsleistung: Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die **Kolleginnen und Kollegen** in Jugendämtern, Schulen, Wohlfahrtseinrichtungen, Polizei, Bahn, Behörden, Verwaltungen und anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge leisten viel, um die Alltagsorgen der Flüchtlinge zu lindern und die Integration zu fördern.



Nach einer ersten Welle der Hilfsbereitschaft ist inzwischen oft von einer „Überforderung“ des deutschen Sozialstaats die Rede. Angst geht um, ob die Aufnahme der vielen Flüchtlinge in Deutschland gelingen kann, und es werden Forderungen nach einer Begrenzung des Zuzugs von Schutzsuchenden laut.

Die Gewerkschaften nehmen diese Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst. Sie sehen, dass sich in Deutschland Menschen von dem Zuzug von Flüchtlingen bedroht fühlen. Aber sie sagen auch: Deutschland kann das schaffen!

Natürlich gibt es **keine einfachen und schon gar keine schnellen Lösungen**. Die Integration der Geflüchteten kostet Geld, Anstrengungen und Kraft. Zusätzliche Mittel müssen für Unterbringung, gesundheitliche Versorgung, Bildung und Qualifizierung aufgebracht werden. Aber diese Mühen sind es wert. Wenn wir es jetzt schaffen, die zu uns kommenden Menschen gut zu integrieren und ihnen eine Perspektive zu bieten, können sie eine Bereicherung für unser Land sein.

Zudem muss klar sein: Menschen, die in Not sind, lassen sich nicht durch Zäune oder andere Maßnahmen aufhalten. Deutschland ist – nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen Geschichte – verpflichtet, Schutzsuchenden zu helfen. Abschottung kann hier keine Lösung sein. Das Recht auf Asyl ist im Grundgesetz verankert, und jeder Mensch hat das Recht auf eine vorurteilsfreie und sorgfältige Prüfung seines Asylgesuchs.

Nichtsdestotrotz gilt es natürlich aber auch, **Fluchtursachen zu bekämpfen** und den Menschen ein Leben in Würde und Sicherheit in ihren Herkunftsländern und -regionen zu ermöglichen. Die Menschen, die momentan bei uns Schutz suchen, tun dies nicht freiwillig, sondern weil sie durch Krieg und Gewalt zur Flucht gezwungen werden. Deutschland muss gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft dafür Sorge tragen, dass die Menschen wieder eine Perspektive in ihren Heimatregionen haben.

Gleichsam bedarf es gemeinsamer **europäischer Anstrengungen und Lösungen**, um die Herausforderungen zu bewältigen. Auch müssen die Möglichkeit einer legalen Arbeitsmigration nach Deutschland verbessert werden. Ein geregeltes Verfahren der Arbeitsmigration nach Deutschland könnte das Asylsystem erheblich entlasten.

Flüchtlinge = Konkurrenten?

Immer wieder liest oder hört man: Wenn jetzt noch mehr Flüchtlinge kommen, was passiert dann mit uns?

Die Integration der Flüchtlinge gelingt, wenn es einen starken Sozialstaat gibt und gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Dabei darf keine Konkurrenz geschürt werden zwischen Neuankömmlingen, Langzeitarbeitslosen und anderen, die Unterstützung benötigen.

Beispiel Wohnen: Gerade in Ballungsräumen wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp – dies aber nicht, weil jetzt Flüchtlinge kommen. Grund für die Wohnungsknappheit ist der systematische Rückzug des Staates oder von Wohnungsbauträgern aus dem sozialen Wohnungsbau. Die zur Verfügung gestellten Mittel von Bund und Ländern reichen nicht aus, um den Bedarf zu decken. Die Gewerkschaften fordern daher ein massives öffentliches Investitionsprogramm zur Förderung von bezahlbaren Wohnungen.

Beispiel Arbeit: Es ist das alte Lied: Es geht die Angst um, Flüchtlinge und Einwanderer würden den jetzt schon Beschäftigten die Arbeitsplätze wegnehmen. Diese Sorge ist unbegründet. Viele Firmen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern suchen händeringend qualifizierte Arbeitskräfte, die Arbeitslosenquote befindet sich in ganz Deutschland auf einem so tiefen Stand wie zuletzt vor 24 Jahren. Hinzu kommt der demografische Wandel, der den Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren stark beeinflussen wird. In unserer alternden



Gesellschaft wird mittelfristig die Zahl der Arbeitskräfte drastisch sinken; schon 2025 werden es über 6,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter weniger sein.

Ohne Zuwanderung können wir langfristig unsere sozialen Sicherungssysteme nicht aufrechterhalten. Ein umlagefinanziertes Rentensystem wie unseres braucht ausreichend viele Beschäftigte, die mit ihren Rentenversicherungsbeiträgen die Renten für die Ruheständler finanzieren. Es kommt deshalb darauf an, die geflüchteten Menschen ebenso wie Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose **möglichst rasch zu qualifizieren** und ihnen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Dann können sie langfristig gesehen auch wirtschaftlich ein Gewinn für unser Land sein.

Aus Not oder Unwissen sind Migranten und Flüchtlinge zum Teil bereit, zu schlechteren Bedingungen zu arbeiten als andere Arbeitnehmer. Dieser Unterbietungskonkurrenz wurde mit dem Mindestlohn ein Riegel vorgeschoben. Wer will, dass die Unterbietungskonkurrenz nicht greift, muss sich dafür einsetzen, dass sich Flüchtlinge nicht als Tagelöhner verdingen müssen. Die Gleichung Flüchtling = Niedriglöhner darf nicht aufgehen. Für Flüchtlinge dürfen **keine anderen Maßstäbe** gelten als für andere Arbeitnehmer.

Beispiel Sozialversicherungen: Es geht das Gerücht um, die Erhöhung der Zusatzbeiträge bei gesetzlichen Krankenversicherungen gehe auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen zurück. Dies ist falsch! Flüchtlinge ohne geklärten Aufenthaltsstatus sind gar nicht Mitglieder von Krankenversicherungen. Die Kosten für die medizinische Versorgung tragen Länder und Kommunen. Zudem sieht das Asylbewerberleistungsgesetz nur eine eingeschränkte medizinische Versorgung vor.

Beispiel Rentenversicherung: Immer wieder taucht die Frage auf, ob durch die steigenden Flüchtlingszahlen das Rentensystem ausgehöhlt wird. Dies ist nicht der Fall. Auf Zahlungen aus der Rentenversicherung entstehen erst Ansprüche, wenn auch entsprechende Beiträge gezahlt wurden. Deshalb ist das Gegenteil der Fall: Aufgrund des bereits einsetzenden demografischen Wandels brauchen wir dringend mehr junge Menschen, die in die Rentenversicherung einzahlen!

Beispiel Arbeitslosenversicherung: Auch aus der Arbeitslosenversicherung erhalten nur diejenigen Leistungen, die zuvor lange genug eingezahlt haben.

Es zeigt sich: Um die aktuellen Herausforderungen zu meistern, brauchen wir einen starken Staat. Einen **starken Sozialstaat**, der erschwinglichen Wohnraum für alle schafft. Wir brauchen Tarifverträge statt Tarifflicht, die die Bedingungen für alle gleich regeln und Unterbietungswettbewerb verhindern. Gesellschaftliche Kosten müssen aus den paritätisch finanzierten Sozialversicherungen hin zu steuerfinanzierten Aufgaben verlagert werden. Dazu braucht es eine neue Steuergerechtigkeit.

Diese Forderungen nach sozialer und gerechter Politik sind richtige Gewerkschaftsforderungen. Die unsoziale Politik der letzten Jahrzehnte gibt es nicht wegen der Flüchtlinge, sondern wegen der neoliberalen Umverteilungspolitik von unten nach oben.

Der Ruf nach mehr Abschiebungen

Immer wieder heißt es, dass Abschiebungen schneller vollzogen werden sollen und dadurch mehr Kapazitäten für diejenigen geschaffen werden, die eine Bleibeperspektive haben. Mit dieser Forderung wird ignoriert, dass Abschiebungen, die ausgesetzt werden, **oft aus guten Gründen nicht durchgeführt** werden. Zum Beispiel werden keine Menschen abgeschoben, die krank sind und deren Behandlung im Herkunftsland nicht gesichert ist. Auch weigern sich manche Staaten, ihre Staatsangehörigen wieder aufzunehmen. In eine ganze Reihe von Staa-



ten wird (bislang) de facto nicht oder kaum abgeschoben: etwa nicht nach Syrien, in den Irak, Somalia oder Afghanistan.

Die derzeitige Diskussion um Abschiebungen in äußerst unsichere Herkunftsländer wie Afghanistan, unangekündigte Abschiebungen und andere Verschärfungen widerspricht den humanitären Überzeugungen, die den bisherigen Regelungen zugrunde liegen.

Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen muss in Europa gemeinschaftlich und solidarisch gestaltet werden. Europa braucht eine solidarische und gemeinschaftliche Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme. Dabei müssen Flüchtlinge die Möglichkeit erhalten, in Ländern ihren Antrag stellen zu können, in denen beispielsweise familiäre Beziehungen vorhanden bzw. gute Integrationschancen gegeben sind.

Rechtsextreme Angriffe

In ganz Deutschland kommt es immer wieder und immer häufiger zu fremdenfeindlichen Vorfällen. Laut Bundesinnenministerium lag die Zahl der Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte bereits im ersten Halbjahr 2015 auf dem Niveau des gesamten Vorjahres. Das **beängstigende Ausmaß der flüchtlingsfeindlichen Vorfälle** in Deutschland zeigt die Chronik von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung (Stand 12.10.2015):

Bis Mitte Oktober gab es 374 Angriffe auf Unterkünfte, davon 71 Brandanschläge, und 303 Angriffe wie Steinwürfe, Schüsse und rechte Schmierereien. 89 tätliche Übergriffe und 178 Körperverletzte sind zu verzeichnen. 215 flüchtlingsfeindliche Demonstrationen und Kundgebungen mit zum Teil großen Teilnehmerzahlen, wie zuletzt im Oktober die Kundgebung des Pegida-Bündnisses in Dresden mit über 15.000 Teilnehmern, gab es bis dato in diesem Jahr.

Auch in den nördlichen Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg kommt es zu Gewalt gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte.

So wurden von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung in den drei Bundesländern zwischen Januar und Oktober 2015 insgesamt 29 Angriffe auf Unterkünfte, 15 Körperverletzte und 18 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen und Demonstrationen dokumentiert. Mecklenburg-Vorpommern liegt nach Angaben des Bundesinnenministeriums mit 2,19 Straftaten pro 100.000 Einwohner auf Rang drei der bundesweiten Statistik.

Bei den genannten Straftaten handelt es sich nur um die erfassten Vorfälle; die Dunkelziffer ist hoch. Nicht erfasst sind hier auch fremdenfeindliche und rechtsextreme Kommentare, die in erschreckendem Maße im Internet verbreitet werden.

Für die Sicherheitsbehörden und die Justiz muss das ein Alarmsignal sein, aufmerksam zu sein und Rechtsverstöße konsequent nachzugehen. Volksverhetzung, Angriffe auf die Grundrechte und das demokratische Fundament unserer Gesellschaft dürfen wir nicht zulassen. Was jetzt gezeigt werden muss, ist Zivilcourage und ein klares Bekenntnis in gesellschaftlichen Bündnissen gegen Rassismus und Rechtsextremismus – in den politischen Debatten ebenso wie im alltäglichen Miteinander vor Ort. Deshalb organisieren wir dort, wo sich Nazis und Rechtspopulisten zeigen, öffentliche Aktionen gegen Hass, Hetze und Gewalt.

Von den Betreibern von sozialen Netzwerken, Suchmaschinen und Videoplattformen erwarten wir, dass sie Hass-Posts, rechtsextremistische Propaganda und Verstöße gegen den Jugendmedienschutz von ihren Plattformen entfernen. Solange dies noch nicht umgesetzt wird, sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre schriftlichen Beschwerden bei dem Plattformbetreiber einzureichen und ggf. auch Anzeige zu erstatten.



Integration in Arbeit

Die Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung ist zentral für eine gelungene Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft. Die allermeisten Flüchtlinge, die zu uns kommen, möchten ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben führen – dies ist dauerhaft nur möglich, wenn sie Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

Die Gewerkschaften setzen sich deshalb dafür ein, dass Asylsuchenden ein **möglichst frühzeitiger Zugang zu Berufsberatung, Ausbildung und Beschäftigung** ermöglicht wird. Dabei müssen die Standards der Guten Arbeit gewahrt werden – um Flüchtlinge vor prekärer Beschäftigung und Ausbeutung zu schützen, aber auch, um einem Unterbietungswettbewerb vorzubeugen.

Die Gewerkschaften sehen deshalb folgende Aspekte als zentral für die Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt an:

- **Sprache** ist der Schlüssel zu Integration und Teilhabe. Flüchtlinge müssen von Beginn an Zugang zu Sprachkursen haben.
- Alle Kinder und Jugendliche in Deutschland haben das **Recht auf Bildung**, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die allen Kindern und Jugendlichen einen Schulbesuch ermöglichen.
- Flüchtlinge brauchen **Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt**, zu berufsbezogenem Sprachunterricht, zu Qualifikationsmaßnahmen. Sie haben das gleiche Recht auf Gute Arbeit wie andere Arbeitnehmer auch. Für Flüchtlinge dürfen keine anderen Maßstäbe gelten als für andere Arbeitnehmer.
- Für **Auszubildende und Studierende** muss es eine **dauerhafte Sicherheit** zum Aufenthalt in Deutschland geben. Der DGB fordert einen sicheren Aufenthalt außerhalb des Duldungssystems für die gesamte Ausbildungszeit und eine sich eventuell anschließende Arbeitsplatzsuche.

Gewerkschaften und Betriebsräte in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich bereits vielfältig bei der Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Sie

- werben für Solidarität mit Flüchtlingen und einen aktiven Sozialstaat, der die Teilhabechancen von Flüchtlingen ebenso wie anderer benachteiligter Gruppen fördert.
- stellen sich rassistischer und rechtspopulistischer Hetze entgegen.
- rufen alle Mitglieder auf, sich für die Integration von Flüchtlingen in eine gute Ausbildung oder Beschäftigung einzusetzen.
- fordern Arbeitgeber auf, Flüchtlinge bei der Integration in der Arbeitsmarkt zu unterstützen.
- fördern die Integration mit Patenschaften, Mentoring-Programmen und Angeboten für die Arbeit der Betriebs- und Personalräte.



Hinweise und Links

Positionen und Aktivitäten der Gewerkschaften

Informationen zu den gewerkschaftlichen **Aktivitäten und Positionen im Norden** sind zu finden unter <http://nord.dgb.de/extras/refugees> sowie auf den Internetseiten der einzelnen Regionen im Bezirk Nord.

Der DGB hat auf seiner Homepage einen Schwerpunkt **„Refugees welcome“** eingerichtet; dort gibt es aktuelle Informationen und Meldungen: www.dgb.de

Positionen und Aktivitäten der **DGB-Mitgliedsgewerkschaften**

EVG: Die EVG widmet eine Ausgabe der „imtakt“ dem Thema Flüchtlinge: www.evg-online.org (für Mitglieder)

GdP: Positionspapier: Auswirkungen der Flüchtlingssituation in Deutschland auf die Polizei – Anforderungen an die Politik: www.gdp.de

GEW: Die GEW informiert umfassend auf ihren Internetseiten zum Thema Flucht und Asyl und das Recht auf Bildung: www.gew.de

IG BAU: IG BAU fordert menschenwürdige Wohnungen für Flüchtlinge: www.igbau.de

IG BCE: Themenschwerpunkt „Flüchtlinge willkommen!“ www.igbce.de

IG Metall: Für eine solidarische und nachhaltige Flüchtlingspolitik und Sofortprogramm für eine solidarische Flüchtlingspolitik: www.igmetall.de

NGG: Bundesregierung und Politik sind in der Pflicht: www.ngg.net

ver.di: ver.di informiert auf seiner Homepage sowie in einem Sonderheft zum Thema Flucht über alle Aspekte des Themas Flucht und die Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst: www.verdi.de

Integration in den Arbeitsmarkt

Ausführliche Informationen insbesondere über **Flüchtlinge und Arbeitsmarkt** gibt es hier: „DGB-position: Flucht. Asyl. Menschenwürde – DGB Handreichung“, März 2015: www.dgb.de

Das Positionspapier **„Teilhabechancen eröffnen. Zugänge in Bildung, Ausbildung, Studium und Qualifizierung für junge Flüchtlinge schaffen“** fasst die gewerkschaftlichen Forderungen in Bezug auf die bessere Integration von Flüchtlingen in Bildung, Ausbildung und Arbeit zusammen: www.dgb.de

In Hamburg berät die Fachstelle für Migration und Vielfalt Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen bei Fragen der **Integration von Migrantinnen und Migranten in den Betrieb:** www.hamburg.arbeitundleben.de

Das bundesweite Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“ hat die Verbesserung der **Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund** zum Ziel und berät unter anderem zur **Anerkennung ausländischer Abschlüsse.** Lokale Ansprechpartner sind zu finden unter: www.netzwerk-iq.de

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) informiert Arbeitgeber über **Arbeitsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen:** www.arbeitsagentur.de



Allgemeine Informationen zum Thema Flucht und Asyl

Umfangreiche **Informationen zum Thema Asyl** sowie **Fakten gegen Vorurteile** sind zu finden unter: www.proasyl.de

Monatliche **Zahlen über Asyl** und andere Informationen zum Themenfeld Migration und Flucht gibt es über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg: www.bamf.de

Das Landesportal "**Flüchtlinge in Schleswig-Holstein - refugees welcome**" enthält viele Informationen und Beratungstexte zur Flüchtlingshilfe in mehreren Sprachen, von Englisch, Russisch und Arabisch, bis zu Farsi und Tigrinya. Per Wörterbuch werden einfache Sätze und Fragen des Alltags in alle Sprachen übersetzt. Das Portal ist zu finden unter: www.willkommen.Schleswig-Holstein.de

Willkommenskultur und ehrenamtliches Engagement

Die Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und der Hansestadt Hamburg sowie freiwillige Initiativen geben auf folgenden Internetseiten zahlreiche Tipps und benennen Projekte und Ansprechpartner für alle, die Flüchtlinge ehrenamtlich unterstützen wollen:

<http://www.hamburg.de/hh-hilft/>

<http://hamburg-packt-an.de/>

http://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/InformationenFluechtlinge/fluechtlinge_node.html

<http://www.ehrenamtsstiftung-mv.de/engagement/fluechtlingshilfe>

Aktivitäten gegen Rechts

Hinweise zum Umgang mit **rechtsextremistischer Propaganda** im betrieblichen Alltag gibt es hier: <https://hamburg.arbeitundleben.de>

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Hamburg: <https://hamburg.arbeitundleben.de/pb/mbt>

Beratungsnetz gegen Rechts in Schleswig-Holstein: www.beranet-sh.de

Betriebliches Beratungsteam (BBT) gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern: www.bbtmv.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern: „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“: <http://www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de/>

Beschwerden gegen rechtswidrige Inhalte im Internet: <http://www.ma-hsh.de/aufsicht-beratung/programmbeschwerde/>

Rundfunkangebote für Flüchtlinge

<http://www.ndr.de/nachrichten/NDRde-bietet-Service-fuer-Fluechtlinge,willkommen138.html>

<http://www.funkhauseuropa.de/sendungen/refugeeradio/index184.html>